

Studien aus: Deren Ziel wäre zu untersuchen, ob der Energiebedarf der EU kurz- und mittelfristig auch ohne Kernenergie gedeckt werden kann. Zudem äußerte Oettinger seine Erwartung, dass nicht alle Atomkraftwerke den hohen EU-Sicherheitsstandards genügen werden. Einige Mitgliedstaaten befürchten daher einen Eingriff in die Festlegung des nationalen Energiemix, für den gemäß Art. 194 Abs. 2 AEUV ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob es in Folge der Krise zu einer verstärkten Europäisierung der Atompolitik kommt.

Die Reaktion der EU auf das Atomunglück in Japan wird die EU-Energieminister erneut auf ihrem Sonder-treffen am 21. März beschäftigen. Zudem hat Van Rompuy das Thema auf die Agenda der Tagung der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. März gesetzt. Dann dürften auch weitere Dimensionen der EU-Reaktion auf die Krise in Japan auf dem Tisch liegen. So hat die Kommission – im Sinne des Vorsorgeprinzips – die Mitgliedstaaten aufgefordert, Nahrungsmittelimporte aus Japan auf eine mögliche radioaktive Kontamination zu überprüfen. Ferner hat die Kommission bereits Maßnahmen zur Koordination humanitärer Hilfe der Mitgliedstaaten eingeleitet.

NIEDERLANDE UND BELGIEN

Olaf Wientzek | KAS-Europabüro, Brüssel

Nach der Katastrophe in Japan konzentriert sich sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien die Diskussion auf die Zukunft der Nuklearenergie im eigenen Land. Auch die deutsche Position wird in beiden Ländern aufmerksam verfolgt und eher kritisch kommentiert.

NIEDERLANDE

In den Niederlanden dominierte der Unfall im japanischen AKW Fukushima in der vergangenen Woche die Titelseiten der Zeitungen. Unter anderem wurde die Debatte über die Kernenergie im eigenen Land neu entfacht. In besonderem Fokus stehen hier einerseits die Sicherheit des einzigen Kernkraftwerks des Landes in Borssele sowie andererseits die Diskussion um den Bau eines weiteren Kraftwerks. Auch die zeitweilige Schließung von Kernkraftwerken in Deutschland wird im Nachbarland kommentiert.

Der Bau neuer Kernkraftwerke war sowohl in den Parlamentswahlen 2010 als auch in den Provinzwahlen am 2. März 2011 ein Wahlkampfthema. Die von den Populisten der PVV geduldete gegenwärtige Minderheitsregierung von Rechtsliberalen (VVD) und Christdemokraten (CDA) sieht in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm die Errichtung eines zweiten Kernkraftwerks vor. Der Baubeginn ist für 2015 vorgesehen. Dieses Kernkraftwerk soll neben dem bereits bestehenden einzigen Kernkraftwerk Borssele gebaut werden, welches sich in der Provinz Zeeland nur wenige

Kilometer von der Meeresküste befindet. Auch nach den Ereignissen in Japan beeilten sich die Vertreter sowohl von VVD als auch CDA zu versichern, dass sich daran nichts Grundlegendes ändern werde. Mit Ausnahme von GroenLinks, die sich ausdrücklich gegen diesen Bau positioniert haben, halten sich die anderen Oppositionsparteien zu dieser Frage noch bedeckt. Selbst einige Atomkraftgegner unter den Parlamentariern warnten davor, nun auf dem Rücken der Opfer eine Atomkraftdebatte zu entfachen. Allgemein wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Unglücksfälle durch zwei gleichzeitig stattfindende Naturkatastrophen ermöglicht wurden, die in den Niederlanden so nicht möglich seien. Vor einem vorschnellen Ausstieg wird auch mit dem Verweis gewarnt, dass eine erhöhte energetische Abhängigkeit von autokratischen Staaten ebenfalls nicht wünschenswert sei. Gleichwohl wird nun eine rege Diskussion über die Sicherheitsstandards geführt: So bekräftigte der christdemokratische Wirtschaftsminister Maxime Verhagen mehrfach, dass aus den nun EU-weit angeordneten Stresstests entsprechende Lehren gezogen würden. Zudem wird betont, dass das neue Kernkraftwerk nur nach modernsten Standards und nur unter Einhaltung strenger Auflagen hinsichtlich Sicherheit und Entsorgung gebaut würde. Etwas mehr Beunruhigung herrscht in der Bevölkerung. So gehen in einer Umfrage rund zwei Drittel der Befragten davon aus, dass sich auch in den Niederlanden ein ähnlich schwerer Unfall ereignen könnte; lediglich die Wähler des CDA und teilweise

auch der VVD haben mehr Vertrauen in die Sicherheit der Anlagen. Gespalten ist die Bevölkerung hinsichtlich des Baus eines neuen Kernkraftwerks: So unterstützt fast die Hälfte das Vorhaben der Regierung, ein weiteres Kraftwerk zu errichten. Eine Mehrheit findet dieser Plan bei den Wählern der Rechtsliberalen (88 Prozent), bei den Christdemokraten (68 Prozent) und bei den Linksliberalen der D66 (53 Prozent). Hingegen befürworten nur rund ein Viertel der Wähler von Grünen, Sozialisten und Sozialdemokraten diese Pläne. Eine knappe Mehrheit der PVV-Wähler ist gegen die Regierungspläne und weicht damit von der Parteilinie ab. Bislang hatte die Katastrophe nur geringen Einfluss auf die Einstellung der Bevölkerung zur Atomkraft, mit Ausnahme der PVV-Wähler. Bislang hat sich in der Bevölkerung keine größere Protestbewegung gebildet: Lediglich am 15. März demonstrierten rund 300 Atomkraftgegner in Middelburg für den Betriebsstopp des Kernkraftwerks.

Die deutsche Haltung wird von Seiten der Regierungsvertreter tendenziell skeptisch beurteilt; insbesondere Politiker der VVD kritisierten die deutsche Haltung als vorschnell und zu emotional. Negative Konsequenzen für die eigene Versorgungssicherheit werden aber nicht befürchtet.

BELGIEN

Die Katastrophe hat in Belgien zu einer regen Debatte über die Sicherheitsstandards der sieben bestehenden Reaktoren im flämischen Doel und im wallonischen Tilhange, über die Laufzeitverlängerung sowie über den Bau neuer Kraftwerke geführt. Diese Debatte konzentriert sich auf die Frage der Versorgungssicherheit des Landes, das zu knapp 15 Prozent von französischen und deutschen Energielieferungen abhängig ist. Mit 51,6 Prozent Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung ist Belgien in besonderem Maße von Kernkraft abhängig.

In Folge der Entscheidung der EU-Energieminister beschloss auch die aktuelle belgische Regierung, dass umgehend Stresstests in den belgischen Kernkraftwerken unternommen werden sollen. Besonderer Fokus liegt dabei auf den drei ältesten Reaktoren der Kernkraftwerke in Doel und Tilhange. Eine Sicherheitskommission hatte bereits 2010 leichte Sicherheitsmängel bei diesen festgestellt. Debattiert wird nun über die eigentlich angedachte Laufzeitverlängerung für beide Kraftwerke. 2003 hatte die damalige linksliberale Regierungskoalition auf Druck der Grünen hin einen Ausstieg aus der Atomenergie zwischen 2015 und 2025 vorgesehen. Mangels Alternativen wurde diese Entscheidung von der noch amtierenden Regierung

aus Christdemokraten, Liberalen und wallonischen Sozialisten unter dem christdemokratischen Premierminister Yves Leterme allerdings rückgängig gemacht; mit dem Betreiber Electrabel wurde eine Verlängerung der Laufzeit auch für die drei ältesten Reaktoren, deren Abschaltung ursprünglich für 2015 vorgesehen war, bis 2025 vereinbart. Aufgrund der seit den Wahlen im Juni 2010 andauernden Regierungskrise hat das Parlament diese Entscheidung jedoch noch nicht absegnen können. Nun soll diese Laufzeitverlängerung bis zur Veröffentlichung der für das Jahresende vorgesehenen Ergebnisse des Stresstests vorerst ausgesetzt werden. Die Entscheidung über die Zukunft der bestehenden Anlagen wird somit wohl erst vom künftigen Parlament getroffen werden können. Gleichwohl kündigte der belgische Energieminister Paul Magnette die Schließung von Atomkraftwerken an, die den Stresstest nicht bestehen. Darüber hinaus forderten Politiker aller Parteien mehr Transparenz von der Nuklearenergie hinsichtlich der Sicherheit der Anlagen. Die Errichtung eines neuen Kernkraftwerks wird nun ebenfalls neu debattiert. So sprechen sich vor allem die flämischen Liberalen, die gemäßigten flämischen Nationalisten und auch einige flämische Christdemokraten für den von der Internationalen Energieagentur empfohlenen Bau aus. Von den politischen Kräften sind lediglich die Grünen beider Sprachgruppen sowie die flämischen Sozialisten klar für einen raschen Atomausstieg sowie gegen den Bau eines neuen Kraftwerks. Die übrigen Kräfte warnten vor einer nur unter dem Eindruck des Erdbebens dominierten Debatte. Noch ist nicht abschließend absehbar, wie sich die Diskussion in den kommenden Monaten entwickeln wird.

Ähnlich wie in den Niederlanden ist die Bevölkerung zum Thema Nuklearenergie gespalten: Zwar befürworten in einer Umfrage 61 Prozent einen Ausstieg, sobald entsprechende Alternativen gefunden würden. 58 Prozent der Befragten sind aber nicht bereit, dafür Preissteigerungen hinzunehmen. Rund 53 Prozent halten die Nuklearenergie für ein notwendiges Übel. Fast die Hälfte der Belgier ist von der Sicherheit der belgischen Nuklearanlagen überzeugt. Gleichwohl ist ein großer Teil der Bürger misstrauisch gegenüber der Nuklearindustrie: So glauben 45 Prozent nicht, dass die Betreiber wahrheitsgemäß über Risiken und Mängel unterrichten.

Mit Besorgnis wird die Haltung Deutschlands verfolgt. Insgesamt wird die zwischenzeitliche Stilllegung von sieben Kernkraftwerken über politische und sprachliche Grenzen hinweg von der Mehrzahl der Parteien stark kritisiert, nicht zuletzt aufgrund der Abhängigkeit Belgiens von deutschen Energielieferungen.

Besonders deutlich übte der sozialistische Energieminister Paul Magette Kritik an der deutschen Position: Damit werde die europäische Energiesicherheit gefährdet. Der christdemokratische Präsident Flanderns,

Kris Peeters, sowie Politiker anderer Parteienfamilien befürchten infolgedessen nun eine Steigerung der Elektrizitätspreise in Belgien.

FRANKREICH

Mathilde Durand, Katharina Wolf | KAS-Auslandsbüro, Paris

KEIN ATOMAUSSTIEG

Im Gegensatz zu Deutschland wies Sarkozy die Frage nach einem Atomausstieg konsequent zurück: Für den französischen Staatschef stellen die Ereignisse in Japan nicht die Energiestrategie Frankreichs, die im Wesentlichen auf der Atomenergie beruht, in Frage. Der französische Atompark sei sicher, weshalb man auch die Ausschreibungen aufgrund der höheren Preise in den Emiraten verloren habe, erklärte der Präsident am 14. März vor der Führung seiner Partei. Deshalb bestehe nicht die Option eines Atomausstiegs, er wolle die Energieunabhängigkeit Frankreichs ebenso wie die Politik der erneuerbaren Energien und die Reduzierung des Energiekonsums beibehalten. Umweltministerin Kosciusko-Morizet fügte ihrerseits hinzu: „Man kann nicht den Elektrizitätsbedarf eines ganzen Landes allein durch Erneuerbare Energien decken.“ Premierminister François Fillon schlägt eine Überprüfung der Sicherheit des mit 58 Kernkraftwerken zweitgrößten Atomparks der Welt vor. „Es ist genauso absurd die Atomenergie nach dem Unfall jetzt zu verdammen wie so zu tun, als betreffe er uns nicht“, so Fillon. Hierzu soll eine Expertenrunde im April die notwendigen Kriterien aufstellen.

EINE LANGJÄHRIGE KONSENSFRAGE, DIE JEDOCH IN FRAGE GESTELLT WIRD

Haushaltsminister François Baroin erinnerte daran, dass die Atomenergie eine von allen Regierungen seit vierzig Jahren geteilte Entscheidung darstelle.² Die *Parti Socialiste* (PS) teilte jedoch in einem Communiqué mit³, dass die Atomkraft an einige Bedingungen gebunden sei: Transparenz, Sicherheit, öffentliche Kontrolle und Überprüfung. Über den Energie-Mix solle nachgedacht werden, um den Anteil der Atomkraft zu reduzieren und den der Erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Debatte sei aber auch innerhalb der *Parti Socialiste* strittig, wie Aurélie Filippetti, Generalsekre-

tärin der PS zuständig für Energie, erklärte, indem sie die „veraltete Vision“ der Partei hinsichtlich der Atomkraft kritisierte und eine „Doktrinänderung“ befürwortete.⁴

DIE KERNENERGIE IN DER WAHLKAMPAGNE 2012

Die möglichen Kandidaten zur Präsidentenwahl 2012 vertreten verschiedene Meinungen bezüglich der Kernenergie.⁵ Dominique Strauss-Kahn (PS) befürwortet traditionell die Kernenergie, ebenso wie die *Parti Communiste Français* (PCF) und Marine Le Pen (*Front National*). Andere wie Martine Aubry (Generalsekretärin der *Parti Socialiste*), Nicolas Hulot (ökologische Positionen) und François Bayrou (Modem) wünschen eine Debatte, ebenso fordert Dominique de Villepin (ehemaliger UMP-Premierminister) eine umfassende öffentliche Debatte „Grenelle de l'énergie“ wünscht. Jean-Luc Mélançon (*Parti de gauche*) und Eva Joly (Ökologische Partei) kämpfen gegen die Kernenergie. Die Energiefrage wird den Kern der Diskussionen zwischen der *Parti Socialiste* und der Ökologischen Partei in der Wahlkampagne 2012 bilden.⁶ Einzig die Ökologische Partei forderte die Organisation eines Referendums über den Ausstieg aus der Atomenergie.⁷ Zwar erkannte die Regierung am 16. März das Ausmaß der Katastrophe größer als das in Tschernobyl an, die Idee eines Referendums wies Sarkozy jedoch konsequent zurück.

DIE ROLLE DER BEHÖRDEN

Industrie- und Energieminister Éric Besson erklärte, dass Frankreich eines der wenigen Länder sei, in dem die Erlaubnis zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke von Fall zu Fall erfolge und die unabhängige Behörde für Nuklearsicherheit (ASN, *Autorité de Sûreté Nucléaire*) die Möglichkeit besitze, den Betrieb der Anlagen ruhen zu lassen.